

Monsieur Fernand Etgen
Président de la Chambre des Députés

Luxembourg, le 17 Septembre 2020

Gemäß Artikel 83 der Geschäftsordnung der Abgeordnetenkammer, bitten wir Sie, die vorliegende **parlamentarische Anfrage** an den Herrn Bildungsminister weiterzuleiten.

Da wir, trotz abgelaufener Frist noch keine Antwort auf unsere parlamentarische Frage vom 15. Juli 2020 in Bezug auf die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen des edukativen und psychosozialen Personals erhalten haben und da laut Pressemitteilungen der Gewerkschaften SPEBS/CGFP, SLEG/CGFP, ALEE/CGFP, APPSAS, APCCA/SEW/OGBL bis dato noch kein Dialog diesbezüglich stattgefunden hat, möchten wir folgende zusätzliche Fragen an den Herrn Minister für Bildung stellen:

- Was sagt der Herr Minister zu den Vorwürfen der betroffenen Gewerkschaften?
- Warum fand kein Dialog mit den Betroffenen im Vorfeld der Entscheidungen statt?
- Laut Pressemitteilung des Ministeriums vom 4. September soll in den Sekundarschulen mit Hilfe von Mitgliedern des CePAS (*Centre psycho-social et d'accompagnement scolaires*) sogenannte « équipes d'intervention testing » entstehen, welche beim Contact-Tracing mithelfen sollen.

Wohlwissend dass durch die Covid19 Pandemie die Anzahl von Kindern mit sozialen Ungleichheiten, psychischen Leidens, sowie schulischen Lücken und Verzögerungen riskiert zu zunehmen, wie wird sicher gestellt dass durch die weitere Aufgabe des Contact-Tracing, das betroffene Personal ihrer eigentlichen Arbeit nach gehen kann?

- Wie gedenkt das Ministerium auf die Forderungen der Gewerkschaften zu reagieren?



Martine Hansen



Françoise Hetto

Abgeordnete

Antwort des Ministers für Bildung, Kinder und Jugend auf die parlamentarische Anfrage Nr. 2847 der Abgeordneten Martine Hansen und Françoise Hetto

Ad 1)

Seit geraumer Zeit befindet sich das Ministerium für Bildung, Kinder und Jugendliche im Austausch mit den Gewerkschaften des psycho- und sozialpädagogischen Personals (PSE). Von Seiten des Ministeriums wurde dabei stets unterstrichen, dass das Ziel dieses Austauschs in einer Klärung der Arbeitsbedingungen des soziopädagogischen Personals in den verschiedenen Bildungsbereichen besteht. Gleichzeitig hat das Ministerium stets unterstrichen, dass es keinen Handlungsspielraum gibt um weitgehende Veränderungen dieser Arbeitsbedingungen vorzunehmen. Nach einer Analyse der bestehenden rechtlichen Basis ist das Ministerium zur Schlussfolgerung gekommen, dass in Abwesenheit spezifischer Gesetzgebungen für das sozialpädagogische Personal in den verschiedenen Bildungsbereichen, der allgemeine arbeitsrechtliche Rahmen des öffentlichen Dienstes gilt. Mit der Einführung von Neuerungen wie etwa dem Zeitsparkonto, bietet dieser Rahmen nach Einschätzung des Ministeriums die notwendigen Möglichkeiten um die aktuellen Arbeitsbedingungen des sozialpädagogischen Personals abbilden zu können. Ohne dass dabei eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen erfolgen soll. In einem ersten Austausch mit den Gewerkschaften am 6. Oktober 2020 hat man sich darauf geeinigt, diesen Punkt juristisch prüfen zu lassen und die weiteren Gespräche darauf aufzubauen.

Ad 2)

Die zuständigen Abteilungen des Ministeriums für Bildung, Kinder und Jugend (MENJE) haben, insbesondere während den letzten 12 Monaten, regelmäßig Kontakt zu den Gewerkschaften aufgenommen und über die verschiedenen Entwicklungen diskutiert. Die Gewerkschaften haben dem MENJE ihre Positionen periodisch mitgeteilt und diese wurden bei der Ausarbeitung der Richtlinien in Betracht gezogen.

Ad 3)

Die Schulleiter der Sekundarschulen wurden gebeten, eine schulinterne *Cellule Covid-19* einzurichten, bestehend aus Mitarbeitern der Direktion (Schulleiter, Sekretariat) sowie Mitarbeitern der jeweiligen *Service psycho-social et d'accompagnement scolaire* (SePAS) und *Service socio-éducatif* (SSE), welche folgende Aufgaben hat:

- die Erstellung oder Überprüfung von Schülerlisten (die Mitschüler des positiv getesteten Schülers);
- die Kommunikation und Informationsweitergabe an die Mitglieder der betroffenen Klassen und die Schulgemeinschaft;
- die Aufrechterhaltung des Austausches mit dem Koordinationszentrum des MENJE.

Diese *Cellule Covid19 Lycée* muss an jedem Wochentag, an Wochenenden und an Feiertagen von 9 - 20 Uhr besetzt sein, um die Schüler und deren Familien über die Prozeduren in Kenntnis zu setzen, die während der Isolation oder Quarantäne, gemäß nach Stufenplan, zu befolgen sind.

Die Aufgabenbereiche des SePAS und des SSE werden an den Bedarf der Schüler der jeweiligen Sekundarschulen angepasst, selbstverständlich auch im Kontext der Covid-19 Pandemie. Insbesondere Jugendliche in Not und Jugendliche mit psychischen Problemen werden intensiv begleitet. Für das Schuljahr 2020/2021 wurden außerdem 19 zusätzliche PSE Vollzeitstellen in die Sekundarschulen affektiert.

Ad 4)

Zurzeit finden Gespräche bezüglich der Arbeitsbedingungen des PSE zwischen dem Ministerium und den federführenden Gewerkschaften statt. Am 6. Oktober 2020 erfolgte eine erste Zusammenkunft in Beisein des Ministers für Bildung, Kinder und Jugend und zusätzliche Termine wurden bereits festgelegt.